

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugpreis vierteljährlich 6000 M.
Einzelnnummer 600 M. (nur gegen Voreinsendung des Betrages)

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen erster Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen

Denken und Handeln!

2. Kapitalisierung der Beschränktheit

F. K. Allermähls wird unablässig nach den Ursachen der stetig wachsenden Verelendung und Verwirrung gefragt. Und wer seinen Deut auf die lustigen Versprechungen der Regierenden während des Krieges gegeben hat, glaubte doch nicht annehmen zu können, daß die europäische Kultur dermaßen weit unter die Erde sinken würde, wie sie heute ist. Und doch ist es geschehen. Wie waren Glend, Unrast, Völlerhag und Kriegsgefahr größer als jetzt — vier Jahre nach dem blutigen Kampfe, der alle diese Übel beseitigen sollte.

Dieser Stand der Dinge, so unbegreiflich er auch dem Manne der europäischen Straße scheinen mag, ist leicht zu erklären: das politisch-wirtschaftliche System, das der Menschheit von 1914 zum Fluche wurde, besteht noch ungemindert fort, und die Triebkräfte, die zu dem blutigen Beutezuge führten, sind durch ihn noch mächtiger und tierischer gemacht worden. Der Distelstrauch wird immer Disteln tragen; die Hyäne wird, nachdem sie jahrelang ihren Trieb frei betätigt hat, nicht milder werden.

Die Friedensverträge haben mehr als ein Duzend neuer Staaten geschaffen. Das heißt, in Europa sind soundsoviel neue nationale Schlagbäume errichtet, soundsoviel neue Möglichkeiten erzeugt, Menschengruppen nationalstolz zu machen und sie zu veranlassen, den Ertrag ihrer Arbeit für die Sicherung der neuen Schlagbäume und der sogenannten nationalen Ehre zu verwenden. Teil und herrsche und beste! Aus dem neuen Zustande quellen der herrschenden Klasse gewichtige Vorteile. Zum ersten vertritt, schwächt er die Leidtragenden der europäischen Drangsal, die Arbeiterschaft, zum andern erleichtert er, die öffentlichen Kassen wie die Taschen der Bewohner zu plündern.

Daß der heutige Zustand unhaltbar ist und zum völligen Verfall der Zivilisation unseres Erdteils führt, dürfte schließlich auch bei der Kapitalistenklasse zugestanden werden. In dessen, die materielle Triebkraft ist stärker als die Einsicht. Für die Befriedung Europas zu wirken, bringt wenig mehr als sittlichen Gewinn, die Ausnutzung der Not und der Entzweiung der Völker aber verbirgt goldige Münze. Demzufolge befaßt sich in keinem Lande die Kapitalistenklasse ernstlich mit dem Wiederaufbau, wenn aber doch, dann nur, nachdem ihr hoher Profit verdrückt worden ist. Ohne diesen ist den eblen Patrioten das Wohl des Landes hehula. Ihr Drang wendet sich lieber jener Tätigkeit zu, die nach aller Erfahrung reichen Gewinn abwirft, dem Kriegsgeschäft. Wie wahr das ist, beweist die Tatsache, daß selbst in den Staaten mit den ärgsten Kriegsverwüstungen die größte Aufmerksamkeit und Geldausgabe nicht etwa dem Wiederaufbau zugewandt wird, sondern der Verstärkung der Herstellungsmaschinen, der Vermehrung von Waffen und Soldaten.

Um zu zeigen, wieviel größer heute die Vergeudung der Mittel und Menschen für die Vorbereitung des Massenmordes ist, seien Zahlen aus zwei Ländern angeführt. England erhöhte seine Heeresausgaben von 1913 bis 1922/23 von 27,2 Millionen Pfund auf 60,8 Millionen, das ist weit mehr als eine Verdoppelung; Frankreich steigerte seine Heeresausgabe in der gleichen Zeit von 1,1 Milliarden Franken auf 3,4 Milliarden, das ist eine Verdreifung. Die im Bannkreis der beiden Großmächte lebenden Kleinstaaten rüsten noch toller mit. Jeder will eine fürchtgebietende Armee und ein scharfes Schwert haben. So steht denn jetzt eine Million Soldaten mehr als vor dem Kriege in Europa bereit, sich an die Gurgel zu fassen. Neuerdings hat zwischen England und Frankreich ein wildes Wettrennen im Luftstollenbau eingesetzt. Da es sich hier um zwei beharrliche Gegner handelt, kann der Wettkampf lange dauern. Welch ein Riesengeschäft winkt da den Nutznießern des Militarismus und des Krieges! Zu sagen, gegen wen die wahnwitzige Rüsterei gerichtet ist, wird weislich unterlassen. Den Regierenden genügt es offenbar schon, daß fleißig gerüstet wird, über die Schiegsrichtung der Flinten wird dann zu gegebener Zeit entschieden werden.

Wenn alles im Rüstungsgeschäft macht, kann es die deutsche Kriegsnutznießerschaft auch nicht lassen. Zwar stehen ihrem Drang etliche Hindernisse im Weg. Bis deren Beseitigung geirungen, trachtet sie nach Ersatz. Hierbei erweisen sich die Artgenossen jenseits des Wasgenwaldes einmal mehr hilfreich. Als die Franzosen drohten, die Ruhr besetzen zu wollen, freischien deutsche Schwerindustrielle Stimmen: Sie sollen nur kommen! Ein zweites Moskau ist ihnen gewiß! Die Franzosen ließen sich nicht lange sticheln; sie zogen wirklich ins Ruhrgebiet ein. Nun drohten alle schwerindustriellen Schwermaschinen vom Kampf bis zum Sieg, von Einheitsfront aller Schichten, ja sogar von vaterländischer Uneigennützigkeit und Opferwilligkeit der begehenden Klasse. Wie einst im August. Doch die Proleten blieben kühl. Die Erfahrung seit 1914 hat sie scharfsinnig gemacht. Diesmal erpähten sie durch den Rebel patriotischer Phrasen die Klautel der Sippe. Die Geschichte von 1914 wiederholte sich. Die Gebelust der begehenden Klasse trodnete schnell ein, noch schneller wurde ihre Rechmelsk lebendig. Für ein paar hundert Millionen Ruhrhilfe sind ungezählte Milliarden eingesackt worden. Wenn einmal die ganze Ruhrrechnung aufgemacht wird, dann dürfte sich zeigen, daß der Ruhrkrieg der deutschen Kriegsnutznießerschaft nicht weniger eingebracht hat, als wenn sie sich am eigentlichen Rüstungsgeschäft beteiligt hätte.

Die vielfach erhöhte Ausgabe für Rüstungszwecke wie die Kosten des Ruhrkriegs müssen von einer Bevölkerung getragen werden, die durch einen langjährigen Krieg vermindert, ausgezehrt, verarmt ist. Die Mittel werden aufgebracht durch stärkere Besteuerung der Masse, durch Anleihen und die Notopressen. Diese Geldbeschaffung wirkt sich aus in Vertierung der Waren, Stodung des Geschäftsganges, Arbeitslosigkeit und Ruinierung zahlreicher Schichten. Anders ausgedrückt, die breite Unterschicht der Völker muß ihren Verbrauch einschränken, ist öfter erwerbslos, büßt ihre großen Spargroschen ein, damit ein neuer Massenmord vorbereitet werden kann. Der Moloch nähert sich am Rische der bedürftigen Menschen. Nein, richtiger ist es schon, zu sagen: Der Rüstungswahn ermöglicht es einer schmalen Oberschicht, deren Gohucht durch den großen Fischfang, Weltkrieg genannt, unerhört gesteigert worden ist, die Staatskasse wie die Lohnkute des Arbeiters und den Spartopf der Witwen und Rentner zu leeren. Was für den Militarismus an Menschenkraft, Rohstoff und Geld vergeudet wird, muß durch vermehrte Anstrengung und Entbehrung aufgebracht werden. Was die schmale Oberschicht erbeutet, ist den unteren Schichten geraubt. Die Oberschicht wird reicher, mächtiger, die Unterschicht ärmer, ohnmächtiger.

Da all dies den Opfern des grausamen Spiels längst bekannt ist oder sein sollte, kann man füglich fragen, warum sie keine Änderung herbeiführen haben. Es hieße ja an dem Verstand der schaffenden Menschheit verweisen, wollte man annehmen, sie habe nichts dagegen einzuwenden, daß sie allezeit geschoren und geschunden wird.

Die Unfähigkeit der arbeitenden Schichten, besser gesagt, die Erfolglosigkeit ihrer Tätigkeit entspringt einer langen Reihe von Umständen, zudörberst aber dem, daß ihnen noch nicht die Schaffung einer einheitlichen Willens- und Handlungsgemeinschaft gelungen ist. Sie werden durch Gegenpflichten geistiger, religiöser, beruflicher, sozialer und politischer Art getrennt, die auszunutzen und noch zu verschärfen es sich der Feind recht angelegen sein läßt. Vornehmlich diesen Gegenpflichten verbannt in allen Staaten die kapitalistische Oberschicht ihre Übermacht. Und sie läßt sich auch etwas kosten, diese Machtquelle in vollem Fluß zu halten.

Durch die Folgen des Krieges, durch geschäftlichen Niedergang, Teuerung, Geldentwertung usw. sind allerwärts zahlreiche Mittelschichten ins Proletariat geschlendert. Daraus müßte eigentlich der kämpfenden Arbeiterschaft ein nützlicher Zuwachs sprechen. Doch dazu ist es indessen nur wenig gekommen; die Mehrzahl der proletarisierten Mittelschichten beklagt tatelos ihr Geschick oder ist ins Lager der Reaktion übergeschwenkt. Unverständlich, gewiß, aber ziemlich leicht zu erklären: Ihre geistige Beschaffenheit gesteht diesen Mittelschichten nicht, die eigentlichen Ursachen ihres Unglücks klar zu erkennen. Die wirtschaftlichen Zusammenhänge ihres Niedergangs zu ergreifen, ist eine lange, mühselige Arbeit, die ihnen nicht behagt. Ihr Gefühl und geistige Gesichtsenge münzt sich zum Vorteil des nationalitätlichen Rattenjägers. Ihm gelingt es, den erkenntnischwachen Schichten weiszumachen, die große Ursache ihrer Proletarisierung sei die Revolution.

Daß alle Revolutionen friedlich begonnen, ordentlich verlaufen, kann je zu Gewalttätigkeiten geführt haben, und daß die friedlichste, ordentlichste und unblutigste Revolution die deutsche war, wissen die Mittelschichten kaum. Noch scheinen sie zu wissen, daß alle Revolutionen immer erst dann zu Gewalttätigkeiten ausarteten, als die alten Mächte die Gegenrevolution aufstellten. Die Unblutigkeit der Revolutionen, so verwunderlich es scheinen mag, ist ganz natürlich. Sie brachen ja gerade deswegen aus, um weiteres Blutvergießen zu unterbinden, Menschenleben, Rechte, Freiheiten und die Wohlfahrt des Volkes zu schützen. Solch einfache Wahrheiten zu erkennen, verbietet den Mittelschichten ihre geistige Blindheit. Sie folgen in hellen Paufen dem Joch der Reaktion, stärken also die Macht derjenigen, die ihr Unglück verschuldet.

Wo es eine Revolution nicht gegeben hat, wie in Amerika, Italien, Belgien usw., muß der Bolschewismus den Zweck der Reaktion erfüllen. Sie läßt ihn in eine möglichst hinterhändige Gewandlung kleiden, seine Gefährlichkeit riesig vergrößern, seine Rube handgreiflich darstellen, daß es den von Haus aus an Filippantosen und ungestörten Stammtisch gewöhnten Mittelschichten angst und bange wird. Sie werden erschreckt, sie fühlen sich schwer bedroht, panischer Schrecken übermannen sie. In ihrer Angst schreien sie nach dem starken Arm der Regierung, gestatten sie gern die Vergewaltigung der Befehle wie das Blüten der Justiz gegen Sozialisten, Gewerkschafter und Rabitate. Die Reaktion kann ungestraft die fortschrittlich gekannte Arbeiterschaft vergewaltigen, die eingeschüchterte Mittelschicht hat nicht nur nichts dagegen einzuwenden, sondern hilft noch emsig dabei mit. Mitbin schlägt der kapitalistischen Oberschicht nicht nur die Einschachtelung der Menschheit in noch mehr nationale Herde, deren Nationalstolz, deren Furcht vor einer Bedrohung von außen vorzüglich zu Buch, sondern es ist ihr auch gelungen, die Beschränktheit, das Vorurteil, die Angst der eingeängsten Mittelschichten zu kapitalisieren, sie als reaktionäre Schutztruppe zu organisieren. In diesem Nachgewinn der kapitalistischen Oberschicht drückt sich die Schwäche des Proletariats aus.

Wahnwitz

In den neun Schreckensjahren, die wir nun hinter uns haben, ist oft und oft ausgerufen worden, daß nun das Maß des Glends über das Wahnwitzes voll sei. Wie unrichtig dies war, beweisen die Vorkommnisse der letzten anderthalb Wochen. Wir haben Zustände erreicht, die demohnen wahnwitzig sind, daß sie die kühnste Phantasie nicht erdenken konnte. Die trübsten Zeiten des Krieges sind wiedergekehrt. In allen Gassen flauen sich abgehärmte Menschen in der Hoffnung, etwas Eßbares zu erlangen. Die stundenlange Pein ist nur zu oft umsonst, weil es an Waren gebricht. Hier fehlt es an Fett und Mehl, dort an Gemüse und Brot, woanders an Fleisch und Kartoffeln, sei es, weil die Händler selbst nichts aufzutreiben vermochten, oder sei es, was tausendfach zutrifft, weil sie die Waren solange verstanden, bis sie sich über eine neue Preiserhöhung geeinigt haben. Währenddessen flagen, hungern die Verbraucher.

Was wir in der allerletzten Zeit an Marktentwertung und Preistreiberlei erlebt haben, stellt alles Dagewesene, und das war wahrlich sehr schlimm, weit in den Schatten. Der Dollar schnellte zeitweise auf 6 Millionen hinaus, ist dann jagweise zurückgekehrt und steht heute, am 17. August, auf 2,69 Millionen. Die Preise aber, von einigen Ausnahmen abgesehen, steigen noch lustig weiter. Ihre Hochsprünge stellen wohl den Gipfel der Tollheit dar. Man vernehme: Laut Index des Statistischen Reichsamtes waren am 13. August die Lebensunterhaltungskosten 436 935mal teurer als 1913/14. In der dem 13. August vorhergehenden Berechnungswoche hatten sich die Kosten um 149 631 v. D., die Woche darauf auf neue, und zwar um 102,2 v. D. erhöht. Der Dollarstand, der bislang ein wenn auch beschränktes Gleichmaß für die Preissteigerung bildete, scheint diese seine Bedeutung nun gänzlich eingebüßt zu haben. Wie die Berichte zeigen, schnellen selbst reine Inlandswaren weit über den Weltmarktpreis hinaus. So sind beispielsweise nach der Berechnung der Berliner Statistischen Abteilung die Frachtartoffelpreise seit Anfang dieses Jahres um rund 85 227 v. D. gestiegen, der Dollar in diesem Zeitraum jedoch nur um 14 963 v. D. Mitbin stiegen die Kartoffeln sechsmal schneller im Preis als der Dollar.

Die Preissteigerung ist wild, maßlos, unsinnig. Der Kullensimmel hat die Junst der Erzeuger und Händler gepackt, und durch sie wird die Seuche schnell auf ihre Opfer, die Verbraucher, übertragen. Man rundet die Preise ab, nach oben natürlich. Butter, Schmalz, Fleisch eine halbe Million das Pfund, Milch 100 000 M das Liter, Kartoffeln 20. bis 50 000 M das Pfund, Gurken 50 000 M das Stück, eine Maßzeit eine halbe Million, ein Paar Schuhe 26 Millionen, ein Anzug 50 Millionen — Wahnwitz, hier bist du tollendet. Vor Wochen rechnete man noch nach Tausenden, heute nach Hunderttausenden, nein nach Millionen. Dem tragen unsere Papierfabrikanten dadurch Rechnung, indem sie immer mehr Millionennoten drucken. Aber auch durch Überstunden vermögen es die Notopressen nicht mehr zu schaffen, weil die rasende Preistreiberlei oder der tolle Kullensimmel der Händler Tag für Tag höhere Berge Papiergeld heischt. In dem Schrei nach mehr Waren fligt sich der Schrei nach mehr Papiergeld. Nur wenige Betriebe vermögen die letzten paar Tage ihre Leuten den Lohn ganz auszubehnden, Hunderttausende von Arbeitern gingen am Sonntag mit leerem Beutel heim. Und wenn sie später den längst fälligen Lohn erhalten, hat sich sein Wert dank der Teuerung um die Hälfte, um drei Viertel, um noch mehr vermindert. Was so die Preistreiberlei dem Arbeiter von seinem Verdienst läßt, raubt der Geldwangel.

Über die Grundursachen der namenlosen Drangsal ist hier schon wiederholt gesprochen worden. Sie hätte sich nicht zu dieser Furchterlichkeit auszuweiten können, wäre nicht von einem mit verteuertem geringem Verantwortungsgefühl belasteten Reichstag eine Regierung von straffälliger Unfähigkeit beim Wüten gelassen worden. Die Regierung Cuno, der volkstümliche Ausdruck des politischen Bankrotts der deutschen Kapitalistenklasse, hat nun endlich den längst verdienten Treib erhalten. Der Fluch eines gequälten Volkes gellt hinter diesem Vertrauensmännertolleum von „Industrie und Wirtschaft“ her. Da die Regierung, die Cuno nun gefolgt ist, sich nicht auch als Nieme erweist, werden die nächsten Wochen zeigen.

In dieser Zeit der tausendfältigen Qual hat die Kommunistische Partei zum Generalkreil ausgerufen. Dem Rufe ist in einigen Orten nahezu vollzählig, in den meisten Orten nur teilweise, in Süddeutschland und anderen Gebieten gar nicht Folge geleistet worden. Vorans zu schließen ist, daß die große Mehrheit der Arbeiter den Generalkreil nicht für das geeignete Mittel hält, die gegenwärtigen Rote zu mildern. Die Masse der Arbeiter hat sich, und mit vollem Recht, gesagt: Lassen jetzt alle die Arbeit ruhen, dann werden gar keine Waren mehr erzeugt, gar keine Lebensmittel mehr zugeführt, gar kein Papiergeld mehr hergestellt, dann wird die Knappheit an Waren, Lebensmitteln und Bargeld nur noch viel schlimmer, fehlen sie in kurzer Zeit vollständig, das Verhungern und Verkommen aller ist dann in kurzen Tagen gewiß. Diese einfache Logik hat die meisten Arbeiter bestimmt, in der Werkstatt zu bleiben.

Am die Streikunlustigen zum Verlassen der Werkstätten zu bewegen, sind Stoßtruppen zu ihnen geschickt worden, die verlastet haben, Streikbegeisterung mit Schraubenschlüsseln, Gummitruppeln und Schießseilen zu ersticken. Diese Art, Zuneigung für eine Sache zu erzeugen, ist von jedem Standpunkt aus vollendeter Wahnwitz. Sie kann nichts, als die Unlustigen bloß noch unlustiger, die Abertretenden nur noch häßlicher machen und sie, wenn sie tatsächlich der Gewalt weichen, nur dazu treiben, sich zu den Gegnern der Bewegung zu schlagen. Sie werden auf eine geeignete Gelegenheit sinnen, Rache zu nehmen.

für die angelegene Gewalt. Nicht nur das. Dem Generalstreik muß durch diesen Wahnsinn der Todesstoß verpflegt werden. Wenn dann eines Tages dem Proletariat eine Gefahr droht, der durch den Generalstreik wirklich begegnet werden kann und muß, dürfte es sich herausstellen, daß umsonst ein Kampf aufgeführt wird. Die verengsten Klassenengen könnten dann die Stunde höchster Gefahr als die beste Gelegenheit betrachten, sich für die widerfährere Unbill zu rächen, indem sie beiseite bleiben. Dies wäre um das Gelingen eines wirklich notwendigen, tatsächlich gegenständlichen Generalstreiks willen sehr zu beklagen. Der drohenden Möglichkeit läßt sich dadurch leicht begegnen, daß nur ein Generalstreik erklärt wird, der ein klares, ein nicht unmögliches Ziel hat, das der einfachen proletarischen Logik nicht widerspricht und der von der berechtigten Hauptleistung der organisierten Arbeiterschaft eingeleitet und geführt wird. Werden diese platten Selbstverständlichkeiten außer acht gelassen, dann ist der Generalstreik schon verloren, noch ehe er begonnen. Er wird bestenfalls nur ein Teilstreik sein, nicht für, sondern gegen das Proletariat. Und seine Urheber werden für ihren eigenen Schaden nicht zu sorgen brauchen.

Ein Wahnsinn muß auch der Versuch genannt werden, Lebensmittel mit Gewalt zu holen. Wenn er überhaupt gelingt, dann nur einmal. In der Regel profitieren bloß die von dieser Art Lebensmittelschaffung, die in der vorbersten Reihe stehen, die schwerste Faust, die stärksten Ellenbogen, die stärksten Hände haben. Und das sind nur wenige. Der großen bedürftigen Masse aber werden sie nichts bringen. Die Bauern und Händler treffen gegen eine zweite Behelligung Vorkehrungen. Sie schaffen sie ihre Vorräte beiseite oder erzeugen nicht mehr oder lassen aus Wut über die Vergewaltigung die Waren verfaulen. Ganz so schrecklich von der Tatsache, daß es bei jedem Vorgehen zu Streit und Blutvergießen kommt, wobei meist Arbeiter die Opfer sind. Bei den Versuchen, Lebensmittel auf eigene Faust zu beschaffen, hat es die letzten Tage wieder Tode und Verwundete gegeben. Das Schicksal dieser Unglücklichen, meist Fleisch von unserem Fleisch, sollte zur Warnung dienen. In dieser schweren Zeit muß Verstand unter allen Umständen wachen. Mit wahnsinnigen Versuchen läßt sich unsere fürchterliche Lage nicht bessern. Das kann nur mit Vernunft, Besonnenheit und gewerkschaftlicher Disziplin geschehen. Dies sollten alle Arbeiter aller Richtungen um ihrer halben und um der gemeinsamen Sache willen unbedingt beherzigen.

Reichstagsarbeit auf sozialem Gebiet

In der kurzen Reichstagsitzung, die im August stattfand, sind neben dem Sturz der Regierung Sano und andern für die politische und wirtschaftliche Entwicklung bedeutenden Beschlüssen auch in sozialer Beziehung Entscheidungen getroffen, die als Fortschritt zu bezeichnen sind. Für die Wochenhilfe und Wochenfürsorge, für die Arbeitslosenversicherung, für die Unfallversicherung und Gewerkschaften ist die automatische Annullierung der Unterstellungen an die Selbstverwaltung beschlossen worden, so daß alle diese Schichten fortan weit schneller in den Genuss der erhöhten Unterstüßungsjahre kommen. Sehr wesentliche Änderungen sind auf dem Gebiete der Unfallversicherung vorgenommen. Der bisherige Zustand, wonach nur solche Betriebe eine Zulage zur Rente erhielten, deren Erwerbsfähigkeit 2/3 v. H. und mehr betrug, während allen unter 20 v. H. Erwerbsfähigkeiten diese Zulage verweigert wurde, ist insoweit abgeändert worden, daß nunmehr auch diejenigen die Zulage erhalten, die 20 v. H. und darüber Erwerbsfähigkeitsleistung aufweisen haben. Die Zulagen zur Unfallrente bestehen fortan in dem Betrag, um den die Rente hinter dem Betrag zurückbleibt, den sie hätten, wenn sie nach folgenden Jahresarbeitsverdienst berechnet wurde. Als Jahresarbeitsverdienst gilt ein Vielfaches nachfolgender Sätze:

1. Bei Berechnung der erhöhten Renten besteht ein Verbleib, der als solcher eine oder mehrere Renten besitzt, deren Durchschnittswert die Zahl fünfzig nicht erreicht, falls die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines männlichen landwirtschaftlichen Arbeiters festgesetzt worden war, des Betrags von 324 000 M., falls die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines weiblichen landwirtschaftlichen Arbeiters festgesetzt worden war, des Betrags von 172 800 M., im übrigen des Betrags von 450 000 M.
2. Bei Berechnung anderer erhöhter Renten, falls die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines männlichen landwirtschaftlichen Arbeiters festgesetzt worden war, des Betrags von 324 000 M., falls die Rente nach dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienst eines weiblichen landwirtschaftlichen Arbeiters festgesetzt worden war, des Betrags von 172 800 M., im übrigen des Betrags von 450 000 M.

Das zur Berechnung maßgebende Stichtagsbezug ist derjenige, der zwischen dem Stichtagsbezug und dem ersten des Monats veröffentlichte Reichsindexzahl, wenn die Zulage für die zweite Hälfte des Monats zu gewähren ist, die zwischen dem Stichtagsbezug und dem letzten des Monats veröffentlichte Reichsindexzahl. Die Zulagen werden für je einen halben Monat im voraus bezahlt.

Was die Technik Neues bringt

Von Dipl.-Ing. R. Reegg (Köln, verb.)
 Von Kettenschleppern — Die Geschwindigkeit der Schleppwagen auf dem Lande — Die Schleppwagen sind ein sehr wichtiger Bestandteil der Technik. Sie sind in der Lage, schwere Lasten zu transportieren und sind in der Lage, auf unebenem Gelände zu fahren. Die Schleppwagen sind in der Lage, auf unebenem Gelände zu fahren und sind in der Lage, schwere Lasten zu transportieren. Die Schleppwagen sind in der Lage, auf unebenem Gelände zu fahren und sind in der Lage, schwere Lasten zu transportieren. Die Schleppwagen sind in der Lage, auf unebenem Gelände zu fahren und sind in der Lage, schwere Lasten zu transportieren.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Die Zulagen nach dem Gesetz werden für die Zeit nach dem 31. August 1923 gewährt.

Wenn das Gesetz bereits für die zweite Hälfte des August angewendet würde, stellt sich die Volkrente in einem gewöhnlichen Betrieb Verleihen wie folgt: Der Reichsindex betrug am 6. August 149,531. Ein Jahrtausend dieser Reichsindexzahl ergeben 164,43, oder nach oben durch zehn teilbare Zahl abgerundet 170. Die Zahl multipliziert mit der im Gesetz festgelegten Grundzahl von 1152 000 A ergibt einen Jahresarbeitsverdienst von 195 840 000 A. Die Volkrente ist gleich zwei Drittel dieser Summe, mithin 10 880 000 A im Monat, oder für den halben Monat 5 440 000 A. Wir haben dieses Beispiel gewählt, damit unsere Mitglieder selbst errechnen können, wie hoch die Rente für die erste Septemberhälfte ist, wenn der Reichsindex vom 20. August bekanntgegeben wird.

Verbandstag und Bildungsarbeit

Die Fülle von Anträgen zum Verbandstag, die sich mit der Bildungsarbeit des Vorstandes beschäftigen, beweist erneut, wie notwendig ein scharfes geistiges Werkzeug gehalten wird. So vorbildlich die Arbeit des Vorstandes auf diesem Gebiet sicherlich sein kann, so wenig genügt sie im Augenblick den an sie gestellten Ansprüchen. Es kann auch nicht anders sein. Bedenken doch alle bisherigen Versuche ein allmähliches Vordringen auf einem unendlich weiten Feld; gilt es doch, Arbeiter mit sorgfältiger Volksschulbildung, die noch dazu durch Lohnarbeit und Sorgen des Alltags abgelenkt werden, zum eigenen Denken zu erziehen.

Die Erfahrung hat also gelehrt, daß das Ergebnis noch nicht mit dem Aufwand übereinstimmt. Der Vorteil der Bezirksbildungsarbeit, die vornehmlich für Massenbildung in Frage kommen, bestand bislang darin, daß die teilnehmenden Kollegen für drei Wochen von der Arbeit losgelöst wurden und sich ganz dem Lernen widmen konnten. Doch sind es, wie ich glaube, drei schwerwiegende Mängel, die diesem Verfahren anhaften und ihre volle Ausnutzung verhindern, nämlich erstens, daß in der Zeit zwischen der Schulentlassung und dem Besuch des Kurses meist jegliche geistige Betätigung unterblieben ist, daß also lediglich an praktische Erfahrungen angeknüpft werden muß, zweitens, daß die Zeit des Lehrganges an sich zu sehr begrenzt ist, drittens, daß nach seiner Beendigung mit dem Lernen gar oft jäh abgebrochen wird, so daß sich nach der Rückkehr zur Lohnarbeit alles Angeeignete bald wieder verflüchtigt.

Was hinsichtlich einer idealen Bildungsorganisation unter Anleitung an das Besondere geschaffen werden müßte, wäre ein Aufgab, der schon jetzt planmäßige Bildungsarbeit verbürgt. Ich möchte daher folgenden Vorschlag zur Erörterung stellen, wobei ich mir bewußt bin, daß ihm etliche Mängel anhaften.

Die organisatorische Grundlage unserer Bildungsarbeit bilden die Verbandsbezirke. Bei jeder Bezirksleitung ist ein Sekretär für Bildungsarbeit anzustellen, der ausschließlich diesem Zwecke dient. Die Anstellung von geeigneten, gründlich erprobten Kollegen oder sonstigen tüchtigen Lehrkräften könnte nach einem besonderen Kurs für Bezirkslehrer erfolgen.

Unmöglich ist es natürlich, in allen Verwaltungskreisen Vortragstagen stattfinden zu lassen. Vielleicht lassen sich die Bezirke je nach Größe und Beschaffenheit in drei bis vier Bildungskreise unterteilen, in deren Hauptorten während des Winterhalbjahres in Vorlesungen und Arbeitsgemeinschaften gründliche Arbeit geleistet wird. Geeignete Lehrer oder sonstige befähigte Kräfte wären zur Mitarbeit heranzuziehen. In empfehlender Weise eine Anlehnung an bestehende Volkshochschulen. Zum Besuch dieser Veranstaltungen ist jedes Mitglied des Verbandes berechtigt. Da es sich den Umständen nach bei diesen Kursen um ein Einführungsstudium handeln kann, würde ich als Unterrichtsstoff vorschlagen: Gewerkschaftsgeschichte, Geschichte des Sozialismus und Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Einheitliche Leitung des Ganges durch Vertreter des Vorstandes ist natürlich eine der ersten Voraussetzungen für den Erfolg.

Die bisherigen Bezirksbildungsarbeit konnten, so jetzt bereits wertvolle Vorarbeit geleistet wird, zu großen Funktionärskursen ausgebaut werden. Sie müssen unbedingt auf einen längeren Zeitraum ausgedehnt werden. Bei ihrer Beibehaltung kommen vornehmlich die Besucher der Abendkurse in Frage, die durch ihre dortige Betätigung nachgewiesen haben, daß ihre Ausbildung ein Recht für den Verband ist.

Als letzte und höchste Einrichtung wäre die Akademie der Arbeit in Köln zu errichten. Auch hier dürfen für ihren Besuch nur Kollegen in Frage kommen, die nach fleißigem Wirken in den anderen Lehrgängen und einer gründlichen Prüfung den Befähigungsnachweis dafür erbracht haben. Es geht mir, denn haben wir schon jetzt trotz aller noch bestehenden Mängel ein Lehrinstitut geschaffen, das uns in wenigen Jahren einen großen Stab geschulter Funktionäre schaffen würde. Nicht nur das wäre erreicht. Wir gewinnen, das geht ich, auch den so notwendigen größeren Einfluß auf den politischen Teil der Metallarbeiterjugend. Wir bewahren sie, soweit in unserer Kraft liegt, bevor, daß sie hundertfachen Vereinstreibern oder hochmütigen Führern zum Opfer fällt.

Erhalten wir uns alle nicht am untergeordneten organisierten Fragen. Auch nicht darüber, wie die entstehenden Unkosten aufgebracht werden sollen. Einen ganz geringen Satz auf den laufenden Beitrag zu schlagen, genügt vollkommene Höhe der Verbandstätigkeit bei der Vervielfachung der Bildungsarbeit keinen Blick lediglich auf die großen geistigen Aufgaben richten, die der Gegenwart und der modernen Arbeiterbewegung gemeinsam gestellt sind, dann wird uns keine Arbeit auf diesem Gebiete fehlen. Ein gutes Stück vorwärts bringen. Rudolf Karsten.

Kollegen! Sorgt euch dafür, daß die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene Volkshilfe

in der Regel von 0,5 bis 5 v. H. erreicht, gelangt es, allen möglichen Bedürfnissen der Arbeiterklasse hinsichtlich der Jugendhilfe, Erhaltung der Gesundheit, Bildung, Fortbildung, Überwindung der gegenwärtigen Stöße und Grundfragen gerecht zu werden. Die Feuerlöscherzeit der elektrischen Anlagen auf dem Lande hat in Deutschland in der Nachkriegszeit erheblich abgenommen, denn, daß der Bestand der Feuerlöscheranlagen in den letzten Jahren beträchtlich anwuchs, ist eine Tatsache. Die Feuerlöscherzeit der elektrischen Anlagen auf dem Lande hat in Deutschland in der Nachkriegszeit erheblich abgenommen, denn, daß der Bestand der Feuerlöscheranlagen in den letzten Jahren beträchtlich anwuchs, ist eine Tatsache.

Alkoholverbrauch durch den Achtstundentag

Als im August 1919 im französischen Parlament das Gesetz über den achtstündigen Arbeitstag beraten wurde, wurde einige Abgeordnete der Befürchtung Ausdruck, die kürzere Arbeitszeit werde zur Vermehrung des Alkoholverbrauchs beitragen. Ob diese Befürchtung begründet war oder nicht, läßt sich jetzt an Hand einer Untersuchung des französischen Arbeitsministeriums nachweisen. Diese Behörde nimmt seit 1919 eine Untersuchung darüber vor, welchen Einfluß die Verkürzung der Arbeitszeit auf den Verbrauch von Wein als auch auf die Zahl der Alkoholverbraucher ausübt. Das bis jetzt vorliegende Untersuchungsergebnis erstreckt sich vornehmlich auf Betriebe, wo sich bei früheren Arbeitszeitveränderungen Rückwirkungen zeigten.

Das Untersuchungsergebnis für das Pariser Gebiet gestattet für eine bestimmte Anzahl Betriebe den folgenden Schluß: Im Baugewerbe und in den öffentlichen Diensten ist seit einigen Jahren der Alkoholverbrauch und die Trunkenheit erheblich zurückgegangen, die Gewohnheit des blassen Montags ist verschwunden, der Arbeiter zeigt ein besseres äußeres, eine Besserung, die besonders bei den jungen Leuten festzustellen ist. In der Industrie ist die Unmäßigkeit im Trinken und der blasser Montag nachgerade vollständig verschwunden, mit dem Inkrafttreten des Achtstundentages hat sich die Disziplin erhöht. Nach der Meinung eines Fabrikbesitzers mit 400 Leuten, Herrn Larté, ist im Achtstundentag die wesentliche Ursache der festgestellten Abnahme der Unmäßigkeit im Trinken zu sehen. Wie er sagt, suchte sein Personal, als es zehn oder elf Stunden streng arbeitete, im Alkohol Wagnis, während das nämliche Personal dergleichen bei der jetzigen kurzen Arbeitszeit nicht mehr für nötig findet. Außerdem erklärte dieser Fabrikbesitzer, nach der von ihm geführten Arbeitsweise genüge der Achtstundentag den Bedürfnissen der normalen Produktion und er würde, selbst wenn es ihm freistünde, den Achtstundentag einzuführen, die jetzige Arbeitszeit, abgesehen von außergewöhnlichen Fällen, beibehalten.

In den Betrieben des Baugewerbes und des Transportes ist ebenfalls eine bestimmte Besserung eingetreten. Eine große Anzahl Arbeiter wohnt im Vorort der Stadt, wo sie in ihrer Ruhezeit einen Garten bebauen. Bei Arbeitsbeginn eilen sie getarnt heimwärts, was zur schnelleren Ausführung der Arbeit beiträgt. Die Unmäßigkeit im Trinken, die man früher bei den Arbeitern dieser Branche sah, verschwunden mehr und mehr. Man kann sogar feststellen, daß die Arbeiter mit Vorzicht vom dem Alkohol, den die Kunden, einer sehr alten Sitte folgend, anbieten, Gebrauch machen. Die jungen Arbeiter trinken überhaupt nicht. In der Buchdruckerei macht man allgemein keinen blassen Montag mehr und man hat gewisse Trinksitten verloren, wie zum Beispiel den Einstand von Weinlingen, den Fortgang um 4 Uhr zweites Trinken, das Vorhineinnehmen usw. Mit der neuen Arbeitszeit ist die Disziplin strenger geworden, die Stunden der Anwesenheit werden ausschließlich der Arbeit gewidmet.

Bei den Fuhrleuten ist zu bemerken, daß die Fälle der Unmäßigkeit immer seltener geworden sind, obwohl sie zahlreiche Gelegenheiten haben, umsonst zu trinken infolge der Einladung der Kunden oder der Weinhandler, zu denen sie Waren führen. Im Restaurations- und Almondengewerbe ist gleichfalls größere Mäßigkeit, mehr Disziplin und weniger Streitsüchteleien zu konstatieren.

Das Arbeitsministerium hat von dem Pariser Stadtbezirk zahlenmäßige Angaben über den Verbrauch von Alkohol und alkoholisierter Getränke in die Stadt während der letzten Jahre erhalten. Diese Zahlen ergeben, daß der Verbrauch von Spirituosen, Wein und sonstigem Alkohol in den Jahren nach dem Krieg sichtlich abgenommen hat. So ist beispielsweise die Einfuhr von reinem Alkohol von 1919 bis 1922 von 125 000 auf 102 256 Hektoliter zurückgegangen; der durchschnittliche Jahresverbrauch ist in der Zeitspanne von 1919 bis 1922 nur 111 148 Hektoliter, in dem Abschnitt von 1901 bis 1913 jedoch 133 121. Der Rückgang ist in folgenden Zahlen noch auffälliger: In der Zeitspanne von 1901 bis 1913 kamen im Jahresdurchschnitt auf den Kopf der Pariser Bevölkerung 4,77 Liter, in der Spanne von 1919 bis 1922 nur noch 3,62 Liter reiner Alkohol. Für den Weinverbrauch lauten die Durchschnittszahlen je Einwohner für 1901 bis 1913 225, für 1919 bis 1923 173 Liter.

Wertbeständige Anlagen und Wohnungsbau

Da die Wohnungsmieten der behördlichen Regelung unterliegen und jede Mietserhöhung bei der außerordentlichen Verteuerung der übrigen Lebenshaltung auf einen starken, oft über das sachlich richtige Maß hinausgehenden Widerstand der Mieterverbände stößt, ist es um so auffälliger, daß man jetzt 3 Milliarden Mark als staatlichen Fonds zur Herstellung von Wohnungen für 100 000 Arbeiter bereitgestellt hat, die auf wertbeständiger Grundlage ausgebaut werden sollen. Allerdings soll die Geldentwertung nicht in der üblichen Weise berücksichtigt werden, wie von der üblichen Wirtschaft, wo in der Regel der Dollarkurs zur Grundlage der Preis- und Zinsberechnung gemacht wird. Man will sich vielmehr auf den Roggen- und Weizenpreis stützen, wenn dieser sich erhöht, nur 50 v. H. der Steigerung des Preises als Geldentwertungszuschlag berechnen. Es wurde außerdem zur Durchführung des Gedankens der wertbeständigen Wohnungsbaukredite unter Teilnahme des Reichsarbeitsministeriums vom Reichsverband der Wohnungsfürsorgegesellschaften die Deutsche Wohnungsbaukreditbank A. S. gegründet, ein gemeinsames Unternehmen, das Hypotheken auf der Goldbasis vergeben soll. Für den Gegenwert der Hypotheken sollen wertbeständige Wohnflächenrenten befreit ausgeben werden. Man hofft auf diese Weise auf eine Belebung des Wohnungsbauwesens. Wenn es fraglos auch weite Kreise gibt, die sich kaufkräftig genug fühlen, um auf das Niveau der Geldentwertung beim Bau von Wohnungen einzugehen, so ist doch die große Masse der wohnungsbedürftigen Proletarier kaum in der Lage, die hohen und mit der Geldentwertung steigenden Beträge für die Vergütung auf sich zu nehmen. Das wird erst dann der Fall sein, wenn wirklich wertbeständige Löhne allgemein eingeführt sind. Inmehringen ist die Vergütung wertbeständiger Hypotheken große Ausichten bei der Förderung der Wohnungsbaukredite insofern, als es jetzt möglich ist, die Belebungsgrenze für neue Häuser wesentlich zu erhöhen und dadurch manchen wohnungsbedürftigen, denen es nicht möglich war, die zum Wohnungsbau notwendigen Kredite zu bekommen, jetzt die Bautätigkeit zu erleichtern.

brennten vor kurzem infolge eines Stabeschlusses vier Schiffe mit 16 Besatzungen nieder. Eigenartig ist der Unfall, den unglücklich in einer unwirtlichen Gegend ein elektrisches Flugzeug verunglückte. Geleitet war auf dem Korridor benutzt worden und blieb dort verhängnisvoll des Schicksals über eingekerkert. Es heizte sich nach und nach große Rauchentwicklung ein, durch die der Flugzeugführer gegen 4 Uhr morgens geweckt wurde; er eilte auf den Korridor, wollte die Treppe hinunter, fiel aber durch eine bereits verfallene Treppenstufe und verletzte sich so stark, daß er einige Tage später an den Folgen des Sturzes starb. Der Abzug von Hausabwärmemaschinen für Großhaushalte, Schiffmaschinen, Kranfahrzeuge, Ventilationen u. dergl. hat in der letzten Zeit stark zugenommen; die Zeit und Arbeitskräfte sparende Maschine erweist sich eben in der heutigen Zeit mehr denn je als sehr nützlich. Die gleiche Erscheinung zeigt sich auch auf dem Gebiet der Turbinenmaschinen, die in der Industrie, im Handel sowie bei öffentlichen und privaten Behörden immer mehr Eingang finden, so wie die Urlosten beträchtlich zu vermindern gestatten. Vom Gasbetrieb dieser Maschinen, von denen hauptsächlich Additionsmaschinen, Drückmaschinen und Drückmaschinen, Kartäfel-, Registriermaschinen und Photovervielfachungsmaschinen in Betracht kommen, ist man heute abgesehen von den kleinsten und einfachsten Apparaten, fast ausschließlich zum Antrieb durch Elektromotoren übergegangen, die in der Regel nur etwa 60 bis 80 Watt Leistung erfordern und praktisch geräuschlos laufen. Besonders augenfällig sind die Vorteile der elektrisch betriebenen Additionsmaschine, bei der das erzwungene Kurbelziehen durch einen einfachen Trieb auf die Feinabstimmung erfolgt, die der Motor mit dem Auslösemechanismus der Rechenmaschine dupliziert. Der Rechenrechner kann so in der gleichen Zeit eine erheblich größere Anzahl Rechnungen ausführen als früher, bei viel geringerer körperlicher Beanspruchung. In Großbetrieben, wie Postämtern, Banken usw., wo solche Maschinen oft viele Stunden

Demokratie und Demagogie

Ein zeitgemäßes Kapitel

Im Gegensatz zur Autokratie, der Alleinherrschaft eines Menschen über ein Volk, bedeutet die Demokratie wörtlich Volksherrschaft. Das heißt also: ein Volk soll nicht mehr dem Willen eines Fürsten oder einer kleinen Gruppe von Menschen unterworfen sein, es soll über die Gestaltung seiner politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse selbst bestimmen; jedes mündige Glied dieses Volkes, ohne Unterschied des Geschlechtes, soll das Mitbestimmungsrecht haben in allen öffentlichen Angelegenheiten. Dieses Selbst- und Mitbestimmungsrecht ist zweifellos nur dann gewährleistet, wenn jeder Einzelne wirtschaftlich so unabhängig dasteht, daß er von diesem Rechte den ihm gutgehenden Gebrauch machen kann, ohne irgend eine Schädigung befürchten zu müssen. Daher ist uns nicht gebietet mit der sogenannten formalen, bürgerlichen Demokratie, unser Ziel ist die reale, sozialistische Demokratie, eine Wirtschaftsweise, in der kein Mensch mehr imstande ist, andere Menschen infolge seiner wirtschaftlichen Übermacht zu unterdrücken, zu beherrschen, zu unterwerfen.

Diese soziale Demokratie entspricht offenbar dem Selbstbewußtsein eines modernen Menschen. Die Gegenwartsmenschen wollen sich nicht mehr von einem Fürsten oder einer Obrigkeit jügeln oder leithammen lassen, sie haben keine Lust mehr, sich unter das Regiment des preussischen Säbels oder der russischen Knute zu beugen. Sie verwerfen deshalb die Diktatur von rechts und von links sowie die Bevormundung durch geistliche oder weltliche Autoritäten. Sie wollen selbst denken und urteilen und entscheiden, wollen mitbestimmen im Staat, in der Gemeinde und im Wirtschaftsleben.

Dieses neue Recht legt natürlich auch neue Pflichten auf, denn wer das Recht in Anspruch nimmt, mitzusprechen und mitzuentcheiden, der übernimmt auch die Pflicht, sich über die öffentlichen Angelegenheiten zu unterrichten, damit er weiß, wie er zu entscheiden hat. Das Wahlrecht, wohl das wichtigste demokratische Recht, ist eine Sache der nüchternen Überlegung: Wählen heißt prüfen, vergleichen, untersuchen, nachdenken und dann die Entscheidung treffen. Das Gefühl muß möglichst ausgeschaltet werden. Denn wer sich bei einer Wahl durch Gefühlsmomente beeinflussen läßt, der wird meistens eine falsche Wahl treffen. Wer aus Verärgerung oder Enttäuschung einer Partei zufällt, wer einem Kandidaten seine Stimme gibt, der ihm Honig ums Maul schmirt und ihm das Blaue vom Himmel herunter verspricht, wer einem Redner Beifall spendet, der auf die Tränenrinnen wirkt, kurz und gut, wer seinen Verstand einläßt und sich sein Gehirn verflüßeln läßt, der unterliegt der Gefahr, ein Fehlurteil zu fällen. Darum kann nicht genügend davon gewarnt werden, das erregte Gemüt an die Stelle des nüchternen Verstandes zu stellen und die klare Einsicht durch Gefühlsduselei zu ersetzen.

Im Zeitalter der Demokratie, wo die Massen zur Mitarbeit und Mitbestimmung aufgerufen werden, die einstmals nur das Recht hatten, Steuern zu bezahlen, Soldat zu werden und das Maul zu halten, im Zeitalter der Volksherrschaft besteht die große Gefahr, daß die Demokratie durch Demagogie verfaßt und verhöhnt wird. Wer möchte leugnen, daß in der Gegenwart zahlreiche Kräfte am Werke sind, die sich bemühen, auf die öffentliche Meinung Einfluß zu gewinnen, um dadurch die Welt zu verwirren und die Gemüter zu vergiften? Man lese nur die nationalpolitischen Zeitungen, in denen systematisch der Wählerhaß gepredigt, in denen der Sozialismus mit Verdächtigungen und die Republik verleumdet wird. Oder man gehe in eine Versammlung, in der grüne Burchen ergraute Männer, die ein Lebensalter im Dienste der Arbeiterbewegung stehen, herunterrufen. Es gibt Demagogen, die die Redefreiheit in eine Schimpffreiheit verwandeln, die mit der Ehre und dem guten Namen ihrer Mitmenschen Schindluder treiben, die mit den schmutzigsten Waffen kämpfen und vor den größten Übeln und gemeinsten Verleumdungen nicht zurückschrecken. Und was das Schlimmste ist: es gibt Tausende von mittelbösen Menschen, die das Gift der Hetzereien und Verleumdungen in sich aufnehmen, die sich von den Demagogen einweisen lassen, weil sie nicht imstande sind, klar zu denken und Wahrheit von Lüge zu unterscheiden.

Leider ist es nicht möglich, den demagogischen Elementen, die mit der Rede- und Schimpffreiheit schändlichen Mißbrauch treiben, einfach das Handwerk zu legen, indem man ihnen halt der Feder einen Spaten in die Hand gibt oder indem man sie statt zu reden Trompete blasen läßt. Das geht nun einmal nicht. So bleibt uns also nichts anderes übrig, als daß wir die Volksmassen gegen dies verderbliche Gift immun machen. Zunächst muß eine planmäßige, unablässige Bildungs- und Aufklärungsarbeit einziehen, damit jeder Einzelne, der mitbestimmen soll im Staat, Gemeinde und Wirtschaft einen Einblick bekommt in politische, kommunale und wirtschaftliche Dinge. Die genaue Kenntnis von den Wesen des Staates, von seinen Wirkungsmöglichkeiten und den Grenzen seiner Wirksamkeit, von dem, was er zu fordern und was er zu leisten hat, von dem, was er leisten und was er nicht leisten kann, von dem Verhältnis zwischen Staat und Einzelmensch, all dieses Wissen ist unentbehrlich für einen Menschen, der sich politisch betätigen will. Ein Politiker muß die Vorgänge innerhalb des eigenen Volkes und auf dem Welttheater aufmerksam verfolgen, er muß die

verschiedenen politischen Parteien in ihrer Tätigkeit beobachten, damit er weiß, welcher Partei er angehört hat. Darum ist es für einen Arbeiter, der auf dem Gebiete der Staat- und Gemeindepolitik arbeiten will, eine unbedingte Notwendigkeit, daß er politische Versammlungen besucht, daß er politische aufklärende Schriften studiert, daß er mit seinen Kameraden politische Fragen erörtert, daß er vor allen Dingen sozialistische Tageszeitungen liest, damit er auf dem laufenden bleibt. Hinzu kommen muß noch eine gründliche staatsbürgerliche Erziehungsarbeit. Die richtige Staatsgesinnung ist die Voraussetzung einer Befundung unseres politischen Lebens.

Auch auf wirtschaftlichem Gebiete tut Aufklärung not. Die Menschen müssen die inneren Zusammenhänge des Wirtschaftslebens erkennen lernen, die feinen Fäden, die von Mensch zu Mensch, von Gruppe zu Gruppe laufen. Sie müssen wissen, daß unsere Wirtschaft kein Mechanismus ist, den man willkürlich zum Stillstand bringen, auseinander schlagen und wieder zusammensetzen kann, daß es sich vielmehr um einen lebensvollen Organismus handelt, der jedem Eingreifen von außen spottet, sondern nur von innen heraus umgestaltet werden kann. Es ist Demagogie schlimmster Sorte, zu erzählen, daß man auf gewalttätigem Wege unsere Wirtschaft einmäch umtempeln und vom grünen Tische aus neugefalten könne. Dagegen vermag nur das Studium der Wirtschaftslehre und der Wirtschaftsgeschichte zu nützen. Bekanntlich haben die Arbeiterorganisationen erfreulicherweise gerade in dieser Beziehung schon manches geleistet, aber es muß noch mehr geschehen.

Alles in allem muß man sagen: Soll die Demokratie nicht übermüdet werden durch die Demagogie, so bedarf es einer gründlicheren Bildung, Erziehung und Schulung aller Volksgenossen, damit sie zwischen Schein und Wirklichkeit, zwischen Phrasen und Tatsachen unterscheiden lernen. Wer in diesem Sinne auf die Menschen einwirkt, der nützt ihnen, weil er sie befreit von dem Einfluß der Schlagworte und sie lehrt, genau zu beobachten, scharf zu denken und selbständig zu urteilen.

Goldpreise ja, Goldlöhne nein!

Als die Gewerkschaften die Wertbeständigmachung der Löhne forderten, um der völligen Verdrängung durch Warenbesitzer und Händler zu entgehen, waren die Blätter des Unternehmertums gleich dabei, die Schädlichkeit der gewerkschaftlichen Forderung für Wirtschaft und Arbeiterschaft darzulegen. Allen voran die Arbeitgeberzeitung, die damit meint, die Kosten der Goldbezahlung hätten „alle übrigen Stände“ zu tragen. Zu sagen, wer die Kosten der Goldberechnung der Waren trägt, das hätte das Unternehmertum selbstfamerweise vergessen. Der freie Angestellte nagelt in seiner Nummer vom 8. August die Pharisäerei der ruffenden Stände durch folgende Gegenüberstellung an:

Die Deutsche Arbeiterzeitung schreibt: „Woh! Recht hat man gesagt, daß der Arbeiter, der heute seinen Goldlohn von früher erhielt, mit der ganzen Überlegenheit des Valutaänderers in Deutschland leben würde! Wir haben nun einmal mit der Verzerrung und mit der Papierwährung zu rechnen; wollen wir einer einzelnen Berufsgruppe oder einigen wenigen Gruppen den Anspruch auf Goldbezahlung zugestehen, so hätten alle übrigen Stände die Kosten zu bezahlen. Eine solche Maßnahme würde bedeuten, daß Deutschland nicht nur die vom Ausland bezogenen Rohstoffe, Nahrungsmittel usw., sondern auch die Handarbeit im eigenen Lande mit Gold auszugleichen hätte. Gewisse Rohstoffe, die einen Weltmarktpreis besitzen, müssen ja schon leider mit dem vollen Goldwert bezahlt werden. Die Arbeit dagegen (und das fast investierte Kapital) können nicht mehr beanspruchen, als eben der wirtschaftliche Zustand unseres notleidenden Vaterlandes erlaubt. Daher kommt es bekanntlich, daß bei einem Unternehmen dessen Ausgaben früher 50 Proz. für Löhne, 25 Proz. für Rohstoffe und 15 Proz. für Dividende betragen, heute vielleicht 75 Proz. auf die Rohstoffe, 15 Proz. auf die Löhne und nur ein bescheidenes Rest auf die Dividende entfallen. Hieraus geht aber nicht etwa hervor, daß die Löhne unzureichend sind, sondern nur, daß sie mit den Materialpreisen nicht verglichen werden können.“

Wenn schon entbehrt werden muß, sagt Der freie Angestellte hinzu, dann ist wirklich nicht einzusehen, warum nur die Angestellten, Arbeiter und Beamten allein die Leidtragenden sein sollen. Die Unternehmer aber möchten gern diejenigen sein, die heimlich Wein trinken, aber öffentlich Wasser predigen.

Das in dem Kondensator sammelt. In diesem Kondensator befindet sich nun eine mit Kühlwasser gefüllte Röhrlänge und durch den eigenen Druck der Dose einströmt und unter der Einwirkung des Kühlwassers andererseits verflüchtigt sich das Ammoniak, das selbstständig in dem Verdampfer überleitet wird und sich dort sammelt. Sobald alles Ammoniak aus dem Salmalgeiß ausgeht und verflüchtigt ist, hat die Kochperiode, die etwa eine Stunde dauert, ihr Ende erreicht und der eigentliche Kühlprozeß kann beginnen. In diesem Punkte wird der Schältrichter auf die Stellung „Kühlen“ gebracht und der Apparat erzeugt nunmehr 24 Stunden lang Kälte. Das in dem Verdampfer befindliche flüssige Ammoniak besteht einen sehr niedrigen Siedepunkt und beginnt zu verdampfen, sobald es von dem Druck der über der Flüssigkeit befindlichen Ammoniakdämpfe befreit wird. Diese Ammoniakdämpfe gehen nach dem Kochen durch dessen Wasserfall bis in die großen Wannen und durch die Salmalgeiß zurück in den Verdampfer. Sobald alles Ammoniak verdampft ist, hört die Kühlperiode auf. Um den Kühlprozeß von neuem beginnen zu lassen, muß nun wieder der Schältrichter auf „Kochen“ gestellt werden. Auf dieser mit Elektrizität kann der Schältrichter auch mit Gas, Petroleum, Kohlen, Holz usw. beheizt werden, was besonders für die Tropen von Wert ist. Die Kälteübertragung und die Erhaltung einer gleichmäßigen Temperatur im Schältrichter wird durch das in der Mitte des Schältrichters angeordnete Rohrsystem des Verdampfers erreicht, in welches auch eine Heizele eingebaut ist, die es ermöglicht, den Tag über 24 Stunden zu erzeugen.

In einem Keller war ein aus frischen, gesunden Ballen gemalmertes Gemüß, auf dem Beinfässer lagerten, bereits nach Jahresfrist zusammengebrochen, trotzdem die Ballen mehr als hundertmal umgedreht waren. Die Untersuchung zeigte, daß das ursprünglich kerngesunde Holz in kurzer Zeit in der Kellerrluft verrotzt wurde geworden war, daß es der Beanspruchung nicht mehr standhielt. Der Unfall hätte

Betriebskrankentagg

Am 7. September tritt in Bremen der Verband zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen zu seiner 12. Hauptversammlung zusammen. Vor dem Kriege war diese Organisation ausschließlich in den Händen der Unternehmer, die Betriebskrankentage konnten nur als Gäste an den Tagungen teilnehmen. Nach dem politischen Umschwung beanspruchten die Versicherten ihre Rechte mit dem Erfolge, daß ihnen auf der vorjährigen Tagung im Kassel ein Drittel der Stimmen in den Verwaltungsräten des Verbandes zugesprochen wurde. Ein weiteres Drittel verblieb den Arbeitgebern und das letzte Drittel den Betriebsführern.

Da die Betriebsführer doch ganz unter dem Einfluß der Arbeitgeber stehen, erschien den Versicherten dieses Zuständnis als zu gering, da dem einen Drittel der Versichertenstimmen und ein Drittel der Arbeitgeberstimmen gegenübersteht. Die Versicherten forderten die Halbierung der Stimmen, weil sie sich mit Recht als Gleichberechtigte betrachteten. Nach eingehender Aussprache lehnten die Betriebsführer denn auch das ihnen angebotene Drittel ab, weil sie darin ein Mißtrauen gegen sich erblickten. Nach Abgabe einer in diesem Sinne gehaltenen Entschließung verließen die Versichertenvertreter die Tagung, ohne sich an der Wahl zu beteiligen.

In der Zwischenzeit haben nun Verhandlungen stattgefunden, als deren Ergebnis folgende Regelung der Hauptversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden soll: Der Vorstand besteht aus 18, der Ausschuss aus 30 Personen. Vorstand und Ausschuss werden je zur Hälfte von Arbeitgeber- und Versichertenvertretern gewählt. Davon wählen Arbeitgeber sowie Versichertenvertreter für den Vorstand je 3 für den Ausschuss je 10 Mitglieder aus den Reihen der Betriebsführer von dem dem Verband angeschlossenen Vereinigungen oder Kassen.

Durch dieses scheinbare Zugeständnis wird an dem auf der vorjährigen Kassel Tagung geschaffenen Zustand in Wirklichkeit nichts geändert. Vorstand und Ausschuss werden weiterhin nur mit einem Drittel aus den Reihen der Versicherten besetzt. Die Änderung besteht nur darin, daß die Versicherten berechtigt sind, die Hälfte der zu wählenden Betriebsführer zu bestimmen.

Für die Stellvertreter besteht nun die Pflicht, dafür zu sorgen, daß von jeder dem Essener Hauptverband angeschlossenen Kasse ein Vertreter zur diesjährigen Tagung entsandt wird. Da in den Vorständen die Versicherten Stimmrecht zu zwei Dritteln besitzen, liegt es in ihrer Hand, daß die Versicherten jederzeit vertreten sind. Sollten ihnen bei Ausübung dieses Rechts irgendwelche Schwierigkeiten von den Geschäftsleitungen gemacht werden, so dienen zur Klärung folgende:

1. Nach Bestimmung der obersten Verwaltungsbehörde ist es zulässig, Kostenmittel für den Besuch von Versammlungen zu verwenden, die den gesetzlichen Zwecken der Krankenversicherung dienen (§ 303 der VVG).
2. Der Erlass des preussischen Wohlfahrtsministers vom 29. März 1923 an die Regierungspräsidenten verfügt, daß Kassen bis 10000 Mitglieder 1 Vertreter
50000 2
über 50000 3

zu Versammlungen auf Kassenkosten entsandt können.

Die Erwerbslosenunterstützung

Wird fortan wöchentlich vom Mittwoch bis Dienstag nach der zehnten veröffentlichten Reichszahl festgesetzt. Die Unterstützung erhöht sich entsprechend dem Reichsindex. Vom Mittwoch den 8. August gelten die folgenden Sätze:

1. Für männliche Personen:

a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	225000	210000	195000	180000
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	185000	175000	165000	155000
c) unter 21 Jahren	135000	125000	115000	105000
2. Für weibliche Personen:

a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben	185000	175000	165000	155000
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben	150000	140000	130000	120000
c) unter 21 Jahren	105000	100000	95000	90000
3. Als Familienzuschläge:

a) für den Ehegatten	80000	75000	70000	65000
b) die Kinder und sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige	65000	60000	55000	50000

Ein erwerbsloser Familienunterstützter der Erstklasse A, zu dessen Haushalt Frau und 2 Kinder oder andere unterstützungsberechtigte Personen gehören, erhält außer für die Unterstützungswochen vom 8. bis 14. August an Erwerbslosenunterstützung 210000 M. Da der Reichsindex sich in der folgenden Woche um 192,2 Prozent erhöht hat, steigt die genannte Unterstützung in der Woche vom 22. bis 28. August auf rund 760000 M.

Erklärung

Wir haben in Nr. 15 unserer Zeitung einen Artikel unter dem Ueberschrift: „Ein sachliches Urteil“ gebracht, durch den sich der Inhaber der Firma Kar: Bausch, Herr Ripper, in Köln beleidigt fühlt, insbesondere fühlt er sich in seiner Ehre verletzt durch die Sätze: „Das ist eine Zeitungszeitung, die Respekt gebietet. Wäre sie nicht in Köln, sondern anderswo verpöfzt worden, sie würde mit einem Pfing im Verputzraum oder mit einer Stelle als dummer August im Jurtal belohnt werden.“ Nachdem wir, wie aus unserer Berichtigung in Nr. 16 der Metallarbeiter-Zeitung hervorgeht, sachlich falsch unterrichtet waren, sehen wir nicht an, unser Bedauern über die Fassung unseres Berichtes in Nr. 15 auszusprechen.

Die Schriftleitung der Metallarbeiter-Zeitung.

wie in einer der letzten Sitzungen der französischen Akademie der Wissenschaften berichtet wird, dazu, umfangreiche Untersuchungen über die Verhinderung des Rostes zu werden, die von Högern angestellt, die heute, nach etwa 12 Jahren, erfolgreich zum Abschluß kamen. Es wurde gefunden, daß das Kupferchlorid ein ausgezeichnetes Mittel zur Konservierung von Holz abgibt. Man stellt dieses Präparat dadurch her, daß man Lösungen von doppeltkohlensaurem Natrium oder Kalium (giftig!) und Kupferchlorid, beide etwa halbpersentig, in der Wärme mischt und dann erhitzen läßt. Diese Lösung, mit dem Natrium oder Kalium versetzt, erweist sich bereits nach dem einwöchigen Anstrich als überaus wirksamer Schutz für Holz und andere Holzarten, die unter den verschiedensten Verhältnissen verwendet werden. Zur Veranschaulichung seien hier einige Beispiele angegeben. In einem Falle nach 6 Jahren noch vollkommen intakt, während die unbehandelten Balken unter den gleichen Verhältnissen bereits nach zwei Jahren wie Faser ausfallen und sich auch so verhalten. Das behandelte Holz nimmt eine angenehme bräunliche Farbe an und kann auch übermalzt werden. Das Kupferchlorid, das sowohl trocken als auch gelöstes Holz durchdringt, quillt sich, indem es zerfließt auf die Holzfasern, welche und deren Sporen einwirkt, sehr stark zu hohlem Kupferchlorid, das wenig löslich ist und die Poren verstopft. Es liefert dadurch, daß es allmählich in immer mehr lösliche Chloramate zerfällt, eine dauernde Reserve an Chlorwasserstoff. Die Bereitung der Lösungen darf nicht in Metallgefäßen erfolgen, sondern muß in Holz- oder Glasgefäßen vorgenommen werden. Für Holz, das dem Licht ausgesetzt ist, empfiehlt sich zunächst ein Anstrich mit schwacher Verdünnung, worauf man die Lösung wieder der Wärme aussetzt und verpöfzt die Poren des Holzes vollkommen.

